

Doing commons: Gentrifizierung oder das Ringen um das Gemeinsame im städtischen Raum¹

Manuela Bojadžijev

Der Beitrag untersucht, ausgehend von einer Mieter_inneninitiative in Berlin Kreuzberg, wie Praktiken der Kollektivnutzung in Politiken für Kollektiveigentum übergehen können. Er diskutiert die aktuellen Konzepte von Commons in den Debatten der Urban Studies, in dem die Verbindung von materiellen Bedingungen mit immateriellen Praktiken in den Vordergrund gerückt werden und kritisiert einen Begriff von Gentrifizierung, der diesen allein mit Ausgrenzung und Vertreibung in Verbindung setzt. Aus ethnographischer Perspektive geht es um solidarisierende Praktiken der Einschließung und Verbindung zur Konstituierung neuer stadtpolitischer Allianzen.

Berlin im März 2015. Die Berliner Initiative »Mietenvolksentscheid« (MVE)² hat stadtweit »MieterInnenbewegte« eingeladen, um in einer öffentlichen Versammlung einen Volksentscheid einzuleiten. Eine der das Referendum unterstützenden, mehrheitlich migrantischen und stark von Frauen getragenen Mieter_inneninitiativen, deren Praktiken im Fokus dieses Beitrags stehen werden, ist die 2011 gegründete »Kotti & Co« aus Berlin Kreuzberg. Die Initiator_innen halten seit Mai 2012

1 Ein Teil der hier vorgestellten Feldforschung basiert auf der gemeinsamen Arbeit in dem Projekt »The Co of Kotti & Co« mit der Sound Art-Gruppe Ultra-red, an dem auch Jan Hutta, Ceren Türkmen und Sabrina Apicella sowie die Jugendgruppe von Kotti & Co beteiligt waren. Das Projekt ist in einer Broschüre der Edition »URXX 2009–2014« dokumentiert (vgl. Ultra-red 2014). Ein anderer Teil, der für diesen Beitrag relevant ist, beruht auf einem Methodenmix aus teilnehmender Beobachtung (festgehalten durch ein Forschungstagebuch) an diversen Orten der Aktivitäten von Kotti & Co, auf der Basis von informellen Gesprächen, semi-strukturierten Interviews mit Aktiven von Kotti & Co sowie auf Gruppendiskussionen im Herbst und Winter 2013 und 2014. Insgesamt fand die über mehrere Monate verteilte Forschung von 2012 bis 2014 statt. Für intensive und inspirierende Diskussionen zum Text möchte ich Ulrike Hamann und Kelly Mulvaney herzlich danken.

2 <https://mietenvolksentscheidberlin.de/> (Zugriff: 18.3.2015).

einen Platz vor ihren Häusern mit einem selbstgebauten Bretterverschlag, Gecekondü genannt³, am Kottbusser Tor besetzt, den sie zu einem Drehkreuz für ihre nachbarschaftliche und stadtpolitische Organisation ausbauen konnten.⁴ Auf ihrer Website kündigen sie die Initiative der direkten Demokratie mit den Worten an:

»Wie wir haben zahlreiche andere Initiativen in Berlin demonstriert, veranstaltet, informiert, wir haben uns mit den politisch Verantwortlichen an mehr als einen Tisch gesetzt, wir haben Fachexpertise organisiert, Studien auf den Weg gebracht, wir haben Lösungen präsentiert usw., usf. Der Senat hat viel geredet, manches zaghaft angegangen, vieles verschleppt und weiteres wegmoderiert. Die Dimension der Verdrängung in unserer Stadt hat er aber nicht begriffen, und schon gar keine Lösungen für die Leute mit wenig Einkommen gesucht. (...) Unser Berlin ist eine solidarische und sozial nachhaltige Stadt, in der Alle willkommen sind – und nicht nur Menschen mit dicken Geldbeuteln. Wohnraum darf keine Ware sein!«⁵

Mit der Initiative für einen Mietenvolksentscheid wurde die Frage nach den Urban Commons – nicht zum ersten Mal in den letzten Jahren in Berlin – thematisiert. In achtmonatiger intensiver Vorarbeit hatten dafür zahlreiche stadtpolitisch Aktive mit der Unterstützung durch Anwälte, WissenschaftlerInnen und politische Gruppen ein »Gesetz über die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin« aufgesetzt. Der Plan war, es im September 2016 gemeinsam mit der Abgeordnetenhauswahl zur Abstimmung zu stellen. Ziele des Referendums waren die Erhaltung und Schaffung preiswerten Wohnraums. Im Zentrum der Initiative stand eine Re-Kommunalisierungsstrategie: die Umwandlung

- 3 Gecekondü heißt »über Nacht gebaut« und ist eine Referenz für die Häuser, die von Migrant_innen errichtet werden, die aus den ländlichen Gebieten der Türkei an die Außenbezirke von kleineren und größeren Städten ziehen. Wenn diese Häuser zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang gebaut werden, ist es den türkischen Behörden nicht erlaubt, diese niederzureißen, ohne dass sie in Gerichtsverfahren verstrickt werden.
- 4 Vgl. ausführlicher Kotti & Co + Estudio Teddy Cruz + Forman: Wohnungsfrage. Berlin 2015, 18 ff zur Rolle des Gecekondü zur Produktion von Nachbarschaft in der Organisation von »Kotti & Co«.
- 5 <http://kottiidco.net/2015/03/09/mieten-volksentscheid/> (Zugriff: 18.3.2015).

der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften in Anstalten öffentlichen Rechts, die Einführung eines revolvierenden Fonds für die soziale Wohnraumförderung und die Re-Investition in neuen und bestehenden Wohnraum durch die erwirtschafteten Überschüsse. Neben diesen Forderungen, die auf die Bedingungen der Reproduktion der Berlinerinnen und Berliner zielte, verfolgte die Initiative um den Mietenvolksentscheid auch das Ziel, eine öffentliche Bühne zur Diskussion über eine »soziale, demokratische und ökologische Stadt und gegen ihren Ausverkauf«⁶ zu bieten. Bemerkenswert an der Initiative ist also die klare Positionierung nicht nur für eine Veränderung der *materiellen* Bedingungen der sozialen Reproduktion und im Sinne der Entwicklung neuerer Formen nicht nur der *Kollektivnutzung*, sondern auch des *Kollektiveigentums* in Bezug auf das Wohnen sowie in Bezug auf die dafür nötigen *immateriellen* Praktiken der Solidarisierung als Teil der Kampagne für Wohnen als Urban Common⁷. Die Unterscheidung ist in diesem Text eine heuristische. Für die Diskussionen um Commons erscheint sie mir aus mehreren Gründen hilfreich: Erstens existiert in den Diskussionen um Gemeingüter häufig eine reduktive Vorstellung dieser auf Infrastruktur- und Ressourcenfragen, die als physische gedacht werden; zweitens lassen sich die Begriffe konzeptuell zwar schlecht in aller Klarheit voneinander abgrenzen, denn selbst extraktive Operationen haben die Produktion immaterieller Güter, sozialer Verhältnisse und Subjektivierungsformen zum Ergebnis und werden zugleich durch sie begründet; dennoch und das ist der dritte Punkt, bezeichnen die Begriffe nicht dasselbe und der Beitrag behandelt das verschränkte und sich gegenseitig vermittelnde Verhältnis von materiellen Bedingungen und immateriellen Praktiken im Kontext von Politiken der Urban Commons.

6 <http://mietenvolksentscheidberlin.de/> (Zugriff: 16.2.2016).

7 Zur Unterscheidung von »materieller« und »immaterieller Kultur« in der fachwissenschaftlichen Diskussion vgl. u.a. Hans-Peter Hahn: Perspektiven auf materielle Kultur. In: Ders.: Materielle Kultur. Eine Einführung. Berlin 2014, 2. Auflage, S. 9–14.

Produkte, Verhältnisse und Subjektivität

Dass der Mietenvolksentscheid nicht umgesetzt worden ist, vielmehr im Sommer 2015 der Berliner Senat auf die MVE zukam und einen Teil ihrer Forderungen inzwischen im sogenannten »Gesetz über die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin«⁸ untergebracht hat, was von der MVE polemisch als »Abfanggesetz« bezeichnet wurde, darum soll es in diesem Aufsatz nicht gehen. Denn ob es sich um einen Kompromiss oder um einen Erfolg der Initiative handelt, unterliegt politischen Bewertungen und letztlich der Zukunft der Mieten- und Wohnraumpolitik in der Stadt⁹. Mir geht es vielmehr am Beispiel der Initiative von »Kotti & Co« darum, zu verstehen, welche solidarisierenden Praktiken sich in Berlin in den letzten Jahren verstärkt nicht nur »im Kleinen« (Stichworte: Urban Gardening, geteilte Wohn- und Büroräume, Lebensmittelkollektive etc.), sondern »größer gebündelt« entwickelt haben, die Urban Commons zum politischen Ziel erklären. Dazu sind unter anderem der Berliner Energietisch (seit 2011) und die Kampagne und der erfolgreiche Volksentscheid 100% Tempelhofer Feld (seit 2014) zu zählen. Hier finden sich Übergänge zwischen *Praktiken* – im Sinne praxis- und subjektivierungstheoretischer Zugänge¹⁰ – und *Politiken* der

- 8 Am 12.11.2015 verabschiedete das Berliner Abgeordnetenhaus das »Gesetz über die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin«. Darin geht es u.a. um eine bedingte Subvention von *Mieten* für Haushalte im Sozialen Wohnungsbau; in Bezug auf die *Wohnraumförderung* um die Einrichtung eines Sondervermögens, mit an den Wohnungsbau zweckgebundenen Rückflüssen; Festschreibung des *sozialen Versorgungsauftrags* für kommunale Wohnungsunternehmen sowie Einrichtung einer Mietervertretung bei einer den Wohnungsbaugesellschaften übergeordneten Instanz namens »Wohnraumversorgung Berlin – Anstalt öffentlichen Rechts«.
- 9 Dazu gehört auch, dass viele der Forderungen, die aus den hier geschilderten politischen Aktivitäten hervorgegangen sind, Eingang in den Koalitionsvertrags genommen haben, die der neue Berliner Senat, bestehend aus SPD, Grünen und der Linken im Dezember 2016 verabschiedet hat.
- 10 Vgl. u.a. Michel Foucault: *Geschichte der Gouvernementalität I. – Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, Frankfurt a. M. 2004 (EA 1977/78) und Andreas Reckwitz: *Die Reproduktion und die Subversion sozialer Praktiken. Zugleich ein Kommentar zu Pierre Bourdieu und Judith Butler*. In: Karl H. Hörning, Julia Reuter (Hg.): *Doing Culture – Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis*. Bielefeld 2004, S. 40–54.

Kollektivnutzung. Letztere treten in den Bereich staatlicher Belange ein, von dem sie vormals ausgeschlossen waren und entwickeln Forderungen, die im Fall der Urban Commons staatliches Handeln nicht nur beeinflussen, sondern insgesamt demokratisieren sollen.¹¹ Es sind diese Übergänge, im Verhältnis von Potentialität und Vermögen, die Gegenstand meiner Analyse sind. Das inzwischen politisch benutzte Vokabular der Gentrifizierung, rückt seit den frühen Arbeiten von Ruth Glass (1964) Ausschluss und Vertreibung aus Stadtteilen sowie deren Aufwertung in den Mittelpunkt und ist seit dem viel diskutiert worden.¹² Es dient auch als wichtige Formel in Auseinandersetzungen unter dem Lefebvreschen Signum »Recht auf Stadt«¹³. Ich möchte es hier über eine ethnographische Analyse aktualisieren und präzisieren: Denn ebenso wie Ausschließung relevant für unser Verständnis heutiger Transformationen des Städtischen ist, geht es – und dies vielleicht heute angesichts von zahllosen Partizipationsmodellen noch viel stärker – um die Weisen der Einschließung und wie diese neue soziale Verbindungen zu konfigurieren vermögen¹⁴. Dies lässt sich nachvollziehen, wenn wir betrachten wie das politische Ziel des Gemeineigentums als materielle und immaterielle Ressource in Berlin sich mit solidarisierenden Praktiken verbindet. Um das Gemeinsame zu ringen, kann sowohl als Voraussetzung wie als Ergebnis dieser Anstrengungen gelten.¹⁵

11 Die Arbeit von Jacques Rancière zum Unvernehmen hat auf die Gefahren einer Politik hingewiesen, in der Demokratie sich immer mehr dem Konsensuellen nähert, vgl. Ders.: *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt a. M. 2002.

12 Ruth Glass: *London: Aspects of change*. London 1964. Für einen Überblick über die Diskussion des Begriffs vgl. Loretta Lees, Tom Slater und Elvin Wyly: *Gentrification*. London 2007.

13 Henri Lefebvre: *Recht auf Stadt*. Hamburg 2016.

14 Vgl. Manuela Bojadžijev: *Housing, Financialization, and Migration in the Current Global Crisis: An Ethnographically Informed View from Berlin*. In: *South Atlantic Quarterly*, 2015, 114:1, S. 31 ff.

15 Vgl. zum Begriff der Solidarität im Sinne der »Sache des Anderen« Serhat Karakayal: *Kosmopolitische Solidarität*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Gesellschaftliche Zusammenhänge*, 2013, 13–14, S. 21–26.

Gentrifizierung vs. Urban Commons

Bevor ich auf die konkreten Praktiken bei »Kotti & Co« zu sprechen komme, möchte ich den Begriff der Gentrifizierung und den der (nicht nur Urban) Commons innerhalb der aktuellen Urban Studies noch etwas schärfen¹⁶. Stadtpolitische Auseinandersetzungen als Anti-Gentrifizierung zielten in Berlin in den letzten Jahren in Stadtteilen wie Kreuzberg, Moabit oder Wedding nicht selten auf neu entstehende so genannte Hipster-Orte (Cafés, Boutiquen und Galerien), die durch Graffiti, Aufkleber und Plakate Ziel von Kampagnen werden. Diese stellen die durch kulturelle Praktiken erfolgende Aufwertung von Stadtteilen in den Vordergrund ihrer politischen Arbeit¹⁷. Bereits 1996 hatte Neil Smith etwa die Image-Kampagnen von Städten mit den Logiken der Inwertsetzung des Immobilienmarktes durch anlagensuchendes Kapital in Verbindung gesetzt und dies in Zusammenhang mit politisch-ökonomischen Regulationsweisen gerückt, wie etwa Investitionsanreize und die Festlegung von Zinskonditionen durch Notenbanken.¹⁸ In Anti-Gentrifizierungskampagnen allerdings wird Segregierung – das heißt Verdrängungsprozesse, die eine Verräumlichung sozialer Ungleichheit zur Folge haben – oftmals allzu stark mit kulturellen Aufwertungsprozessen in Verbindung gesetzt. Dies führt zu einem Argumentationsnachteil dieser kritischen Kampagnen, da sie vermeintlich urtümliche, lokale Gemeinwesen mit einer ihr eigenen Identität voraussetzen, die nun Ziel des Angriffs von »fremden Pionieren« im Stadtteil (für Berlin in den Figuren der »Studierende«,

16 Vgl. Markus Kip: *Moving Beyond the City: Conceptualizing Urban Commons from a Critical Urban Studies Perspective*. In: Mary Dellebaugh et al. (eds.): *Urban Commons. Moving beyond State and Market*. Basel 2015, S. 42–59.

17 Slogans lauten: »Yuppiepack verpiss dich«, Currywurst statt Spätzle«, »sei neoliberal, sei Baugruppe, sei Gentrifizierer«, »Saubere Wänder = höhere Mieten«.

18 Vgl. Neil Smith: *The New Urban Frontier: Gentrification and the Revanchist City*. London 1996. Berlin zählt zu den »Regionen mit positiver demographischer Entwicklung«, bei denen Immobilienfirmen eine Ausweitung ihres Portfolios anstreben. In Berlin kam es zu einem Anstieg der Bevölkerung, vor allem aufgrund der Migration aus Ost- und Südeuropa (in abnehmender Reihenfolge u.a. aus Polen, Spanien, Bulgarien und Italien), sodass die Bevölkerung um 32.000 Personen im Jahr 2012 angestiegen ist und die Entwicklung sich in Zukunft fortsetzen wird (Destatis 2015; online unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200147004.pdf?__blob=publicationFile) (Zugriff: 12.4.2016).

»Künstler«, »Latte-Macchiato-Mütter« bezeichnet) sowie in der Folge von Immobilienspekulationen würden. Diese simple Annahme entspricht nicht den Reproduktionsbedingungen heterogener und globalisierter Gesellschaften. Als theoretische Perspektivierung für die Berliner Initiative für einen Mietenvolksentscheid, ist es deshalb wichtig zu rekapitulieren, dass in deren Diskussion um Gentrifizierung tatsächlich nie nur Behauptungen und Untersuchungen zu kulturellen Aufwertungsstrategien im Vordergrund standen¹⁹. Neue politische Richtungen beruhen auf einer Abkehr von der Vorstellung der auf lokalen Identitäten beruhenden räumlichen Grundrechte und suchen diese zu überschreiten. Die Aktiven von »Kotti & Co« und die des Mietenvolksentscheids, das tritt in ihren Texten und Positionspapieren klar hervor, sind mit solchen Diskussionen in den Urban Studies vertraut und verarbeiten diese für ihre Praxis.

Die Kampagne für einen Volksentscheid lässt sich als Teil von Politiken urbaner Interventionen lesen, weg von Fragen nach Gentrifizierung und in Richtung Urban Commons. Eine analoge Verschiebung, wie sie sich in diesen Politiken abzeichnet, findet sich auch in den Diskussionen in den Urban Studies der letzten Jahre²⁰. Dynamiken kultureller Aufwertung werden mit politisch-ökonomischen Inwertsetzungslogiken in Verbindung gesetzt. Es geht hier nicht nur allein um den Zugang zu gemeinsamen materiellen Ressourcen und um die Verfügbarkeit über sie, wie in den letzten Jahren in der Commons-Debatte geschehen²¹, sondern auch um das *doing commons* oder das *commoning* – Commons hier also als Verb, als Aktivität verstanden, das gleichzeitig die Herstellung von alternativen sozialen Beziehungen meint, die auf der Produktion von Geteiltem und geteilter Produktion gründen²².

19 vgl. Setha M. Low, Neil Smith: *The Politics of Public Space*. New York, London 2006.

20 vgl. Dellenbaugh u.a. (wie Anm. 16).

21 Vgl. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Gemeingüter, 2011, 16, S. 28–30.

22 Peter Linebaugh: *Stop, Thief! The Commons, Enclosures, and Resistance*. Oakland 2014; George Caffentzis, Silvia Federici: *Commons against and beyond capitalism*. In: *Community Development Journal*, 49, 51, 2014, S. i92–i105; Sandro Mezzadra, Brett Neilson: *Borders as Method, or the Multiplication of Labor*. Durham 2013; David Harvey: *Die urbanen Wurzeln der Finanzkrise. Die Stadt für den antikapitalistischen Kampf zurückgewinnen*. Hamburg 2012; ders.: *Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution*. Berlin 2013; Michael Hardt, Antonio

»Materiell« und »immateriell« ist nur eine Gegenüberstellung, die in der Diskussion um Commons und in meinem Feld eine wichtige Rolle spielt; weitere sind die in der Gentrifizierungsdebatte bislang relevanten Binaritäten von »privat« und »öffentlich« sowie die von »Staat« und »Bevölkerung/Volk«. Mit diesen Gegenüberstellungen sind auch politische Fragen danach verbunden, ob eine Anstrengung, Commons zu erhalten oder neue einzurichten, den Horizont von Politiken bilden sollte; wie eigentlich eine Politisierung von privaten, aber zunehmend kommerzialisierten Bereichen aussehen kann (von der Pflegearbeit und Reproduktionsarbeit bis zu Arbeit in der Share Economy ist dies bereits Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen); wie Commons jenseits von Verstaatlichung und Privatisierung konzipiert, gelebt und erhalten werden können. Schließlich wird mit dem einflussreichen Text *Die Tragik der Allmende* von Garrett Hardin²³ eine weitere anhängige Gegenüberstellung relevant, nämlich die von »Individuum« und »Gemeinschaft«. Im Mittelpunkt der Analyse Hardins stand die Auffassung, dass Ressourcen begrenzt seien, jede/jeder aber eine kurzfristige Ertragsmaximierung anstrebe, weshalb schließlich die Kosten des langfristigen Raubbaus an der Allmende zulasten der Gemeinschaft gehen. Hardin schlussfolgerte daraus: »Freedom in the commons brings ruin to all«. Hardin ist an dieser Stelle meist als Skeptiker der Commons gelesen worden – eine Skepsis, die David Harvey in seinem Buch *Rebel Cities*²⁴ nicht teilt. Die Commons seien nicht als etwas vormals Existentes und Verlorengegangenes zu verstehen, sondern müssten kontinuierlich produziert werden. Die dauerhafte Produktion der Commons setzt er unter Bezug auf Marx nicht nur zur dauerhaften Einhegung und Aneignung durch das Kapital, ihre Kommodifizierung und Monetarisierung ins Verhältnis, sondern hebt auch hervor, dass die Commons durch kollektive Arbeit produziert werden, um dann (etwa in Form von Extraktion oder Grundrente) privatisiert zu werden. Damit verlagert Harvey das Problem weg von der Vorstellung des Ressourcenmangels und gewichtet es

Negri: Common Wealth – Das Ende des Eigentums. Frankfurt a. M., New York 2009; Stuard Hodgkinson: The return of the housing question. In: *ephemera*, 2012, 4, S. 423–444.

23 Garrett Hardin: The Tragedy of the Commons. In: *Science*, 162, 1968, S. 1243–1248 (Deutsche Übersetzung in: Michael Lohmann (Hg.): *Gefährdete Zukunft*. München 1970, S. 30–48).

24 Vgl. Harvey 2013 (wie Anm. 22).

anders – nämlich in Bezug auf Herstellung/produktive Tätigkeit und Eigentum. Als Beispiel, um *diese* Tragik der Allmende zu verdeutlichen, wählt Harvey eine städtische Initiative in New York, die durchaus analog zur hier vorgestellten »Kotti & Co« in Kreuzberg steht, da sie für Diversität und gegen Gentrifizierung eines Viertels eintritt und mit der Tatsache konfrontiert wird, dass die Immobilien- und Grundstückspreise steigen, weil Makler mit ebendiesem Charakter eines »diversen Viertels« vermögende Kunden anziehen und dabei mit dem Flair von Lebendigkeit und Multikulturalismus werben. Vertreibung der eingesessenen Bevölkerung, die sich Mieten nicht mehr leisten könnte, würde folgen; die destruktive Kraft des Marktes trete hervor, weil die *Herstellung* des Kiezcharakters erschwert? und dieser schließlich unerkennbar würde²⁵. Das Konzept der Urban Commons lädt also dazu ein, die Metropole (etwa in den Überlegungen von Michael Hardt und Antonio Negri 2009²⁶) als einen Ort zu denken, an dem ausgedehnte Gemeingüter produziert werden und ihr Nutzen entsprechend auf alle Produzenten dieser Gemeingüter ausgedehnt werden müsste. Wenn diese Form der Produktion aber nun auch in die Logiken der Inwertsetzung fällt, dann bedeutet das, dass sich die zukünftigen sozialen Konflikte in vielfältiger Weise und an vielen Orten äußern: Konflikte am Arbeitsplatz, um die alltäglichen Bedingungen der Reproduktion, genauso wie um prekarierte und informelle Arbeitsverhältnisse (einschließlich »kreativer und intellektueller Arbeit«), um Formen der Subjektivierung sowie die um »Aneignung der Metropole«²⁷. Es bedeutet aber auch, dass aufgrund dieser Ausweitung des Begriffs der Produktion auch die Frage der Privatisierung von Eigentumsrechten eine neue Bedeutung erhält – über einen materiellen Begriff von Eigentum hinaus.

Diese Diagnose führt Harvey wiederum zu einem weiteren problematischen Aspekt um die Commons – die Frage nach der Skalierung. Denn wie *commoning* auf der Ebene einer Stadtteilinitiative funktionieren kann, ist relativ plausibel. Dabei geht es darum, Globalisierungseffekte zu erfassen und neue Formen von Kollektivnutzung und -eigentum zu entwickeln, die jenseits der Einhegung des Marktes gestellt werden können. Das kann durch staatliche Regulation, Kodierung, Festlegung

25 Harvey 2012 (wie Anm. 22), S. 77 ff.

26 Hardt, Negri 2009 (wie Anm. 22).

27 Ebd., S. 241.

von Standards und öffentliche Investitionen geschehen. Was aber in den letzten Jahren immer deutlicher hervortritt, ist die in globalisierende Entwicklungen eingebettete lokale Situation²⁸. Staatliche Regulierung und Stadtplanung, gerade in Bezug auf gemeinsame Ressourcen im städtischen Raum – wie Wasser- und Energieversorgung, Transport, Orte der Erholung etc. –, müssen, um für die Bevölkerung funktionstüchtig zu bleiben, auf städtischer Ebene bereitgestellt werden. Zugleich nehmen globale Akteure und Einflüsse darin eine immer stärkere Rolle ein, die man als »Problem der Skalierung« bezeichnen könnte²⁹.

Was ich hier verkürzt als Globalisierungseffekt bezeichne, ist von einem Wandel urbaner Öffentlichkeiten begleitet – gekennzeichnet durch Vermarktung der Städte, durch die Ökonomisierung des öffentlichen Raums, indem vorwiegend Konsum(möglichkeiten) den Zugang regulieren, und durch den wachsenden Städtetourismus (nicht zuletzt durch seine »Demokratisierung« durch Billigfluglinien und erleichterte Transportmöglichkeiten, die eine Verstärkung der »Konsumierbarkeit« von Städten hervorruft)³⁰. Der Globalisierungseffekt führt uns auch einen weiteren Faktor vor Augen. Städte, die immer schon von Migration und Mobilität gekennzeichnet waren, sehen sich heute mit einer neuen Qualität als auch einer neuen Quantität dessen konfrontiert: Alte und neue Traditionen und Formen der Arbeitsmigration und Flucht, die erhöhte Mobilität, die durch Saisonarbeit und Auslandsstudium verursacht wird, sowie der Tourismus lassen heterogene Praxen der Mobilität im städtischen Raum aufeinandertreffen. Im Kontext der Fragestellung nach den Urban Commons kann uns dieser heterogene, mobilisierte

- 28 Vgl. Bojadžijev 2014 (wie Anm. 10); Corsín Jiménez, Alberto Adolfo Estalella: The atmospheric person. Value, experiment, and ›making neighbors‹ in Madrid's popular assemblies. In: HAU: Journal of Ethnographic Theory, 3, 2, 2013, S. 119–39.
- 29 Anna Tsing: On Nonscalability: The loving world is not amenable to precision-nested scales. In: Common Knowledge, 2012, 13, 3, S. 505–524; Neil Brenner, Jamie Peck, Nik Theodore: Variegated neoliberalization: geographies, modalities, pathways. In: Global Networks, 2010, 10, 2, S. 182–222; Gregory Feldman: If Ethnography is more than Participant-Observation, then relations are more than connections: The case of non-local ethnography in a world of apparatuses. Anthropological Theory, 2011, 4, S. 375–395.
- 30 Vgl. Wolfgang Kaschuba: Kampfzone Stadtmitte: »Wem gehört die City?« In: Johann Jessen (Hg.): Altstadt für Alle? Urbanität als Zumutung. Zeitschrift FORUM Stadt, 4, 2014, Esslingen, S. 357–376.

Teil der Bevölkerung deutlich machen, dass nicht alle über die gleichen sozialen und/oder politischen Rechte verfügen, die meist den Zugang zu den Urban Commons regulieren. In dem Maße, in dem der Stadtraum einerseits Interessensobjekt von Kapitalstrategien und gouvernementaler Kontrolle wird, bringt dies andererseits neue Formen solidarischer Praktiken mit sich, die ich anhand von zwei Beispielen aus meiner Feldforschung der städtischen Initiative »Kotti & Co« herausarbeiten will.

Doing commons

In Berlin existieren seit Jahren Praktiken für eine »solidarische Stadt«, die für Kommunalisierung bzw. Ent-Privatisierung³¹ eintreten, an die die Arbeit von »Kotti & Co« anschließt. Diese Initiativen, die hier nicht näher dargestellt werden können, sind zahlreich und stellen Fragen nach den kollektiven Gebrauchsbedingungen von und dem Zugang zu öffentlicher Bildung, Gesundheit, Energie, Wasser, Wohnen, Transport und öffentlichem Raum³². Viele haben sich im Rahmen von Volksbegehren und -entscheiden durchzusetzen versucht (Wasser, Energie, Bildung, Wohnen), andere organisieren sich etwa als Anlaufstellen für Gesundheitsversorgung für jene, die über keinen formellen Zugang dazu verfügen (für Undokumentierte, Geflüchtete oder Migrierende aus der EU). Diese Initiativen haben eine sehr unterschiedliche Anzahl von Personen mobilisieren können und es bestehen nur hier und da Kooperationen unter ihnen. Viele dieser sehr heterogenen Initiativen treten für

- 31 Die Privatisierungen haben, gerade im Bereich des Sozialen Wohnungsbaus, vor allem jene getroffen, die bereits als Arme gelten, unter ihnen ein hoher Anteil an Migrantinnen und Migranten. Seit dem Beginn der Schuldenkrise 2008 ist Deutschland das einzige Land in Europa, das einen florierenden Immobilien- und Grundstücksmarkt zu verzeichnen hat. Die zunehmende Nachfrage hat zum drastischen Anstieg der Preise für Immobilien und Neubauten geführt, mit einem Anstieg der Mieten vor allem in Innenstadtlagen. In Deutschland ist der Anteil an Wohneigentum im internationalen Vergleich relativ gering und lag 2011 bei 45,6 Prozent – in Berlin dagegen bei nur 15,6%. Mietpreise auf Internetportalen und in Anzeigen steigen (2011: um 2,9% und 2012: um 3,3%) disproportional zu den *realen* Mieten (2011: um 1,3% und 2012: um 1,2%).
- 32 Eine Übersicht der Bürger- und Volksbegehren findet sich unter: <https://bb.mehr-demokratie.de/berlin-land-uebersicht.html> und <https://bb.mehr-demokratie.de/berlin-bezirke-uebersicht.html> (Zugriff: 12.4.2016).

Re-Kommunalisierung ein: für Vergesellschaftungen vormals privatisierter Güter und Infrastrukturen und den Nutzen und die Produktion eines gemeinsamen öffentlichen Raums in einer Stadt, die durch Privatisierung, Touristifizierung und »Eventisierung« gekennzeichnet ist. Was viele von ihnen mit den Praktiken von »Kotti & Co« verbindet, ist eine notwendige Abkehr von der Trennung von Ökonomischem, Politischem und Kulturellem in den Praktiken, die sie entwickeln. Oder genauer: Sie zielen mit ihren Aktivitäten nicht nur auf eine Verbindung von politischen und kulturellen Tätigkeiten, deren Radius von Praktiken des Alltags bis zur Einflussnahme auf Politik liegen, die im Vordergrund der Analyse dieses Beitrags liegen, sondern verbinden die Rekommunalisierung mit Forderungen nach »mieterbestimmter Demokratisierung« und neuen ökonomischen Modellen, die Mieten dauerhaft und über politische Legislaturperioden hinweg niedrig halten³³.

Während des jährlichen Sommerfestes im Mai 2012, ein Jahr bevor die Feldforschung einsetzt, entscheiden einige Anwohner_innen, eine Baracke aus Holzbrettern und Paletten zu errichten und sie als Basis für ihre politischen Aktivitäten zu nutzen. Nach und nach wird daraus eine wind- und wetterfeste Protestbude in der Mitte eines Stadtteils, der sich an Protest gewöhnt hat. Es ist dieses Protestcamp, das den Ausgangspunkt zweier ethnographischer Beobachtungen bildet, die eine stadtpolitische Arbeit mit solidarischen Praktiken der Einschließung verbinden.

Der Protest von »Kotti & Co« richtet sich zunächst gegen die steigenden Mieten und hohen Nebenkosten, des im Zuge von Privatisierungen in den 1990er Jahren (zu für die Stadt nachteiligen Konditionen) an private Unternehmen verkauften Sozialen Wohnungsbaus, die das städtische Budget auf Dauer in die Verschuldung getrieben haben³⁴. Das von Anwohner_innen im Jahr 2012 auf einem öffentlichen Platz erbaute temporäre und informelle Gecekondu ist zu einem neuen Ort der Begegnung und des Austauschs in der Nachbarschaft geworden. Die Akteur_innen richten politische Veranstaltungen aus, Filmabende, Kunstprojekte und das Gecekondu ist ein Ort für Sprachtandems. Zusammenfassend ließe sich sagen, dass ihre politische Praxis in diversen kulturellen (Teekochen,

33 Vgl. Kotti & Co: »Rekommunalisierung Plus Kotti«, online unter: <https://kotti-undco.net/2013/10/30/rekommunalisierung-plus-kotti/>, 2013 (Zugriff: 12.4.2016).

34 Benedict Ugarte Chacón: »Der ewige Skandal: Das Erbe der Bankgesellschaft«. In: Andrej Holm: *Reclaim Berlin*, Berlin, Hamburg 2014, S. 83–104.

Konzerte, Lesungen) und politischen Praktiken (Bündnisbildung, Platzbesetzung, Demonstrationen und Verhandlungen mit der Stadt) ebenso besteht wie in Projekten, die sich um die Aneignung, Generierung und Verbreitung von Wissen drehen (Informieren und Wissen über die eigene Situation produzieren und über diverse Medien wie Flugblätter, Bücher, Broschüren, Policypapers, Konferenzen und Ausstellungen verbreiten). Sie schaffen Nachbarschaft.³⁵

Vom »was können wir« zum »was werden wir tun«

Zu Beginn des Politisierungsprozesses trafen die Mieterinnen und Mieter zunächst im Lift aufeinander. Auf dem Weg von unten in ihre Wohnungen öffneten sie Briefe der Wohnungsbaugesellschaft und erfuhren von der Mietererhöhung und kamen so miteinander ins Gespräch³⁶. Zu Beginn sorgten sie sich über die aus den Mietererhöhungen erfolgenden Einschränkungen für ihre soziale Reproduktion, insofern mögliche Ausgaben der Haushalte für Lebensmittel, Bildung, Transport etc. sich drastisch verkleinerten, und stellten hoffnungslos die Frage: Was können wir tun? Die Frage, so defensiv formuliert, enthielt zwar den Bezug auf das Mögliche, das jedoch war beschränkt, wie die Mieterberatung ihnen mitteilte. Diese setzte die Mieter_innen darüber in Kenntnis, dass auf rechtllichem Wege nichts, sondern nur politisch etwas zu erreichen sei.

Immer von heißem Tee begleitet, laden »Kotti & Co« alle ein, mit ihnen über die Gegenwart und Zukunft des Lebens in der Stadt nachzudenken und zu diskutieren. In dem sie dies tun, verwandeln sie den Ort in ein Zentrum, um diverse Themen wie Lebensbedingungen, das Verhältnis zu Arbeit, Transport, Bildung, Gesundheit und Familie in einer Gesellschaft zu besprechen, die durch Migration konstituiert ist. Um dies genauer zu verstehen, möchte ich mich in meiner ersten Beobach-

35 Vgl. den im Rahmen des Projekts »Wohnungsfrage« am Haus der Kulturen der Welt in Berlin 2016 entstandene Reader über die mehrjährige Tätigkeit von »Kotti & Co«: Ulrik Hamann, Sandy Kaltenborn und Kotti & Co (Hg.): und deswegen sind wir hier. Berlin 2015.

36 Die Aussagen der nachfolgenden Abschnitte gehen auf Interviews und Gespräche mit den Aktiven bei Kotti & Co zurück, die vor allem 2013 geführt wurden. Zum Lift als Ausgangsort der Organisierung vgl. auch Hamann, Kaltenborn, Kotti & Co (wie Anm. 35), S. 31.

tung dem Samowar zuwenden, um den konstitutiven Prozess einer sozialen Praxis zu verstehen, die David Harvey »commoning« oder »doing commons« genannt hat³⁷.

Das »Kotti & Co« Protestcamp befindet sich direkt neben den Wohnungen der Protestierenden auf dem Weg zur U-Bahn, die sie nutzen, um zur Arbeit oder zum Einkaufen zu kommen oder ihrem Tag nachzugehen. Es ist ein Ort, der auch aufgrund eines Samowars anders zu klingen begann. Im Gecekondu konnte man sein Geräusch hören. Tagein tagaus kochten Wasserblasen auf und verklang das kochende Geräusch wieder. Jemand hatte zu Anfang einen Stromzugang vom nahegelegenen Kopierladen mit einem oberirdischen Verlängerungskabel und über den Baum verlegt. Leute von der Initiative nutzten 5-Liter-Flaschen, um Wasser aus dem gegenüberliegenden Café Südblock zu holen. Immer sorgte jemand dafür, dass der Samowar aufgefüllt wird. Der Samowar eignete sich gerade da, wo kein Wasseranschluss vorhanden war, bestens für jede Art des intensiven, täglichen dauerhaften Gebrauchs, weil der Tee in kürzester Zeit zubereitet war. Mieter kamen zu einem Schwatz vorbei, Touristen und Freunde hielten an, ebenso wie Personen aus der Welt der Politik oder der Wissenschaft, Kunst, Sozialarbeit und Schulen blieben, um zu sprechen. Sie nahmen sich einen Plastikbecher und gossen Tee hinein und ihre Spenden klingelten, wenn sie sie in die Blechdose warfen. Im Nu war das Gecekondu ein Ort des politischen, sozialen und kulturellen Austauschs. Die Veränderung des Ortes, der eine andere Bezugnahme nicht nur der Anwohner_innen ermöglicht, sondern auch Vorbeigehende einbezieht, schildert ein Interviewpartner von »Kotti & Co«:

»Und dann so das Gefühl, hier gibt es eine konkrete Handlungsmöglichkeit, Tee und Kaffee kochen, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen, die hier rumlaufen, das hat mich so euphorisiert. Der Anlass ist glasklar, die Konstellation so unglaublich, mit dem sozialen Wohnungsbau, wie Kreuzberg durch diese migrantische Bevölkerung geprägt ist, Kreuzberg hat sein Image und andere verkaufen das nun und sagen ›ihr könnt bitte nach Hause gehen‹, dass hier der Ort ist, wo man spürt, dass das nicht konfliktfrei ist, wo man genau merkt, dass das nicht geht...«³⁸

37 Harvey 2012 (wie Anm. 22), S. 73.

38 Interview geführt am 4.12.2014 im Gecekondu von »Kotti & Co«.

Das banale Geräusch des Samowars wurde zum Geräusch des Gemeinsamen. Mit Banalität soll hier die Vorhersehbarkeit einer Handlung betont werden, gerade weil es sich beim Samowar um ein Objekt materieller Kultur handelt, entlang dessen eine wiederholte tägliche Aktivität und Geste in Haushalten und Cafés mit hohem Teekonsum in ihrer veränderten Praxis vorgefunden wird: hier an einem anderen, an einem politisierten Ort, eine unübliche, dem Alltag ent-fremdete Position einnehmend³⁹. Der Samowar, einerseits Gegenstand des Alltags, stattete hier einen Ort aus, der die Gesten des Alltags, das Bekannte aufnahm und zugleich ins Politische verschob, dem dadurch wiederum etwas Alltägliches und Bekanntes zukam. Der Samowar wurde auf diese Weise zu einem Instrument der Veränderung des Alltags und dessen, wie das Politische als im Alltag integral gedacht werden kann. Es war das Geräusch eines sicheren Ortes im Angesicht der Vorsicht gegenüber und der Angst der Mieterinnen und Mieter vor einer möglichen politischen Organisation und einer später möglichen Räumung des Protests. Ein Geräusch, das der Angst, den Mut zur Organisation zu verlieren, etwas entgegenzusetzen vermochte. Der einfache Betrieb eines Samowars, die Praxis, Besucherinnen und Besuchern Tee anzubieten und über das gemeinsame Trinken ins Gespräch zu kommen – alle diese Praktiken eröffneten die Möglichkeit für die Anwohner, sich über ihre eigene Macht im Klaren zu werden und die Abhängigkeit von Behörden, Wohnungsbaugesellschaft und dem Jobcenter zu verringern.

Die Leute kamen zusammen, um Tee zu trinken. Diese Tätigkeit, die ohnehin ein Aspekt ihres Alltags ist, hatte das Potential für die Mieter_innen, die Bedingungen zu schaffen, ihre Anliegen hörbar zu machen und die Forderungen zu organisieren. Diese alltägliche Handlung des Miteinanders und mit anderen Teetrinkens konnte zu einem Instrument der Transformation werden, gerade weil diese Tätigkeit sich von ihrer früheren Vertrautheit abgelöst und entfremdet hatte. Diese Entfremdung einer spezifischen Praxis des Alltags veränderte auch die

39 Vgl. Alexa Färber verfolgt anschaulich über ein anderes »Objekt materieller Kultur«, nämlich die Verbreitung der Wasserpfeife in Berlin, wie das »orientalisch Imaginäre« in urbanen Konsumpraktiken auftaucht, die durch Migration und Tourismus geprägt sind. Alexa Färber: »Pimp my pipe?! Die Wasserpfeife als Marker von Konsumlandschaften spätmoderner Städte.« In: Querformat. Zeitgenössisches – Kunst – Populärkultur 2, 2009, S. 81–89.

Haltung der Mieter-Gemeinschaft gegenüber ihrem Alltag. Sobald eine Entfremdung vom Alltag empfunden wurde, ließ sich auch wahrnehmen, wie ihre eigenen Praktiken eine Veränderung hervorbrachten und den Ausgangspunkt für Mögliches darstellten. Die Mieter_innen begannen zu verstehen, wie ihre Handlungen des Alltags ein Werkzeug des Wandels werden konnten – gerade dadurch, dass die Beendigung der einfachen Wiederholung ihres Alltags durch eine Wiederholung ihres Alltags, aber in neuer Umgebung, geschah.

Der Samowar wird von einem Gerät, an dem sie durch ihren Alltag einen Anteil haben, zu einem Instrument, über das vermittelt die sozialen Beziehungen verändert konfiguriert werden können, indem die praktische Veränderung seiner Verwendung neue soziale Verbindungen begründet und sich nicht nur die Weise verändert, wie wir das Politische denken oder wünschen können. Dabei ist es entscheidend, dass das Instrument »erkannt« wird, wo es herkommt und wie es sonst verwendet wurde. Eine Interviewpartnerin sagt:

»Dann war ich auch überrascht, als sie erzählten, dass sie sich vorher gar nicht kannten, sondern auch erst durch den Protest, aber sie machten auch den Eindruck, als wenn sie schon seit Jahren befreundet sind. Und dann kamen noch drei andere Frauen, die hier gar nicht wohnen und auch nicht hier arbeiten, ich glaube aus Neukölln oder sogar Wedding, die sich einfach hier nur zum Tee verabreden haben.«⁴⁰

Die Praktiken und Instrumente, – so lässt sich schließen – die im gemeinsamen Leben eingelagert waren, müssen ein Teil des Gemeinsamen werden. Sie müssen zugleich stets erneuert werden, so dass die Gemeinschaft nicht mehr der Ort ist, an dem die Leute tun, was sie immer getan haben, wo sie kontinuierlich die Welt um sich herum reproduzieren. Als Instrument der »Ent-fremdung« machen es diese Praktiken vielmehr möglich, die Transformationen der eigenen Umgebung und des Alltags zu erfahren. In dem sie eine banale soziale Praxis entfremden, konnten die

40 Interview geführt am 4.12.2014 im Gecekondu von »Kotti & Co«.

Anwohner_innen nun fragen: Was werden wir tun? Und diese Frage bittet um eine Antwort, eröffnet ein Vermögen.

»Handreichungen«

»Where is Admirallbrücke?« Diese Frage aus meiner zweiten hier dargestellten Beobachtung wird den Protestierenden der Mieterinitiative »Kotti & Co« täglich mehrfach gestellt. Zwischen Verkehrskreisel und der Grimmstraße auf der anderen Seite des Landwehrkanals hat sich ein Korridor herausgebildet. Er verbindet die Transport- und Touristenzone Oranienstraße/Adalbertstraße/Kottbusser Tor mit einer anderen Touristenzone – und er führt über ihr Protestcamp. Auf die Frage »Where is Admirallbrücke?« – indikativ für die neue Inwertsetzung ihrer Nachbarschaft – reagierten »Kotti & Co« nicht mit einem in der Stadt populären Touristenbashing und einem wohlfeilen Gentrifizierungsvorwurf, sondern indem sie den Korridor zur Admiralbrücke zu nutzen begannen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Der Verkauf von Tee, die Ausrichtung von Tanz-, Musik-, und Filmabenden für die Nachbarschaft u.v.m. – wer beim Vorbeischlendern anhalten wollte, gehörte mit zu dieser willkommen heißenden Geste, die Hände auch jenen gegenüber auszustrecken, bei denen man nicht sicher sein konnte, ob sie neu hinzuziehende Studierende, »EasyJet-Touristen« oder Migrant_innen aus den Krisenregionen Europas – Spanien, Griechenland, Bulgarien oder Italien – waren, die sich etwa auf Berlins Baustellen, im Kunstmarkt und der Gastronomie verdingten und in Hostels neben ebenjenen Touristen schliefen, die durch Billig-Flugstrecken-Logistik neuen Mustern der Mobilität und des Lebensstils folgten.

Kontrollen von Bevölkerungsbewegungen kennen die Leute aus Kreuzberg, wobei die ausländerpolitischen Kategorisierungen in der Vergangenheit weitaus weniger volatil waren als heute. Viele von ihnen sind vor Dekaden nach Kreuzberg gezogen, wo eine Ballungszentrumsverordnung 1975 gegen das Branding »Ghetto Kreuzberg« ein neues Regierungsprotokoll durchzusetzen begann: In einem Kiez, in dem mehr als 12 Prozent Ausländer wohnten, erhielten Neuzuziehende nach West-Berlin einen Sperrvermerk in ihrem Pass, der ihnen nicht gestattete, sich in diesem Stadtteil offiziell zu melden. Obgleich dieser Stempelabdruck heute nicht mehr aktuell ist, lautet die bis dato aktuelle Formel »soziale Durch-

mischung« – eine weiche Form der Macht protokollarisch unterstützter Kontrolle, eine immaterielle Grundlage für die materielle Mobilisierung von Bevölkerungen⁴¹.

Die Ausdifferenzierung und Hierarchisierung von Rechten, die dazu führt, dass es in Deutschland aktuell 72 verschiedene Aufenthaltstitel gibt, ist ein Kennzeichen dafür, dass heute die Weisen der Einschließung sich nicht nur vermehren, sondern in ihrer Form verändert haben⁴². Dies geschieht durch eine Clusterung von unterschiedlichen Einwanderungsgruppen mit wiederum unterschiedlichen Aufenthaltstiteln, die durch eine Mischung aus ausländer-, arbeits- und sozialrechtlichen Titeln die Konditionen des Lebens in der Migration regeln. Eine lineare Vorstellung von »Kommen und Bleiben«, von der »Einwanderung zur Integration« wird dadurch zunehmend obsolet gemacht. Die Postkarte von »Kotti & Co« kann unter diesen Umständen als bescheidene Geste und als Angebot an alle verstanden werden, die Grenzen zwischen sozialen Gruppen als Thema von Auseinander- und Übersetzungen zu machen und über neue Zuordnungen nachzudenken. Ethnografisch müsste darum die Spur erneut aufgenommen und untersucht werden: Welche sind die Gründe dafür, mobile Menschen nach Begriffen wie Global Player, Flüchtlinge, Migranten, Touristen oder Erasmus-Studierende zu unterscheiden? Was bringt welcher dieser Begriffe heute hervor?

Solidarische Praktiken

Auch wenn der Berliner Senat sich von einem restriktiven Anti-Einwanderungskurs und -diskurs entfernt hat und inzwischen eine »solidarische Stadt« in Zukunftskonzepten eine Rolle spielt, verbleiben diese top-down Konzepte eher schwach, weil sie auf allgemeine Vorstellungen reduziert

41 Manuela Bojadžijev: Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Münster 2008.

42 Dorothee Frings: Eintrittskarten und Einzelfälle. Wie das Sozialrecht Migration reguliert. D. Frings im Gespräch mit M. Bojadžijev und D. Gürsel. In: Labor Migration (Hg.): Vom Rand ins Zentrum. Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung. Berliner Blätter 65, Berlin 2014, S. 94–110.

werden – indem von einer »Stadt der Vielfalt« gesprochen wird. Aber es gibt andere solidarische Praktiken, wie jene von »Kotti & Co«, die gerade in urbanen Konflikten entstehen: Solche Konflikte, die von den lokalisierten Rändern der Gesellschaft auftauchen und zugleich in einer Forderung nach neuen Kollektivrechten situiert sind. Die zwei kontrastierten Konzepte von Solidarität stehen für eine institutionelle Konzeption der Zivilgesellschaft auf der einen Seite und jene der gelebten »Kulturen« von Einwohnern auf der anderen Seite; oder alternativ für Konzepte der Ordnung, die die Freiheit garantiert auf der einen, und jener Ordnung, die von dieser Freiheit Gebrauch macht und jegliche Form des institutionellen Managements des sozialen Raums überschreitet, auf der anderen Seite. Indem wir die Situation so rahmen, lässt sich ein anderes Verständnis des sozialen Raums des Urbanen entwickeln: mit ihrem Ringen um die Commons als »messy«-Einheit. Die Unterscheidung zwischen verschiedenen Konzeptionen der Eigentumsverhältnisse (privat, öffentlich und gemeinsam) sowie der politischen Entscheidungsprozesse darüber gehören ebenso dazu, so dass die De-Privatisierung nicht notwendigerweise in Form von Staatseigentum verstanden werden muss. Vielmehr wird gerade im Zusammenhang der solidarischen Praktiken um den Sozialen Wohnungsbau explizit, dass öffentliches Interesse in Begriffen der Demokratie von den Akteur_innen redefiniert wird.

Urban Commons sind von der heterogenen Geographie der globalen Finanzökonomie und von städtischen Wohnungspolitikern ebenso betroffen wie durch Netzwerke der »migrant and urban poor« und von Auseinandersetzungen um Solidarität und Demokratie geprägt. Das vorhandene kritische Vokabular der Gentrifizierung, das Ausschluss und Vertreibung betont, genügt hier nicht. Vielmehr kommen hier neue Praktiken der Einschließung, Zugehörigkeit und Zuordnung in neuen gesellschaftlichen und kulturellen Mischungen in diesen konfliktträchtigen Auseinandersetzungen zum Ausdruck – innerhalb der Wohnhäuser und gegenüber einer solidarischen Umwelt ebenso wie gegenüber temporären Bewohner_innen oder Tourist_innen. Sie reorganisieren damit auch die traditionellen Formen und Praktiken der Zugehörigkeit und der Zuordnung ethnischen oder nationalen Typs.

Die hier vorgestellten Praktiken von »Kotti & Co«, im Sinne von Entfremdung vormals banaler Praktiken, Gesten (wie im Fall des Samowars) und Handreichungen (wie über die Postkarte) funktionieren über vorgegebene und zugeschriebene Zugehörigkeiten hinweg. Sie arbeiten

an einer ent-identifizierenden Weise des Politischen⁴³, in dem sie nicht nur auf die Offenheit von Gemeinschaft zielen, sondern auch den Wandel und die Auflösung eines sozialen Gefüges erarbeiten⁴⁴ als aktiv produzierte Ressource. Während neue Typen des *doing commons* überraschend populär geworden sind, ist die Hervorbringung von populärem Wissen, in Bezug auf den Nutzen öffentlicher Räume und das Design urbaner Zusammensetzungen, konsolidiert. Was dabei entsteht, sind neue Formen des Politischen, die gesellschaftliche Belange wertschätzen: im Sinne eines Ringens um das Gemeinsame.

43 Vgl. Manuela Bojadžijev: »Identity: fortress or Paradox?« In: Veronica Zink, Johanna Fernández, Danae Gallo González (eds.): *W(h)ither Identity. Positioning the Self and Transforming the Social*. Trier 2015.

44 Vgl. Karakayalı 2013 (w. Anm. 15), S. 24.

Doing commons: Gentrification or the struggle for the common in the urban space

This article analyses how practices of collective use merge with a politics of collective ownership, based on the case study of a tenant's initiative in Kreuzberg, Berlin. It discusses current conceptions of commons in debates within Urban Studies, foregrounding the relationship between material conditions and immaterial practices, and criticises an understanding of gentrification that focuses solely on exclusion and displacement. From an ethnographic perspective, the article addresses practices of solidarity based on inclusion and connection in the constitution of new urban political alliances.